

daß die notwendige Arbeiterregulierung von der Bourgeoisie als „sozialistisch“ hingestellt werden konnte und die Banken verhältnismäßig leichtes Spiel hatten, eine politisch-wirtschaftliche Panik zu erzeugen.

Das soll gemäß keine Entschuldigung für die kapitalistischen Mächte sein, die wieder einmal ihre Straußvogelerei gezeigt haben, wenn es gilt, die politischen Interessen im Sinne ihrer wirtschaftlichen Interessen zu beeinflussen. Aber es ist wohl möglich, auch auf diese Seite des notwendigen Beispiels hinzuweisen. Die Vorgänge in Paris und Brüssel bemerken ebenfalls wie die jüngsten Vorgänge in Oslo, daß das Finanzkapital überall und immer imstande sei, den Willen des Volkes zu vergewaltigen. Es gilt für die Arbeiterklasse aller Länder, die Mehrheit der Stimmen zu erobern, dann wird auch das internationale Bankkapital gegen sie ohnmächtig sein.

Soziale Fragen im Landtage.

Am Preussischen Landtag gab es am Freitag wieder ein nationalsozialistisches Kuppelstück. Der einzige und letzte Vertreter der Hitler-Partei, Hög, haarte, redete so lange über alle möglichen Dinge durchs Land, bis ihn der Präsident das Wort entzog. Da er auch dann nicht zu schweigen aufhörte, wurde er aus dem Saal gewiesen.

Im übrigen ging die Beratung des Wohlfahrtsrats ruhig und sachlich weiter. In einer eindrucksvollen Rede trat die sozialdemokratische

Abgeordnete Frau Hanna

für die Vernehmung der Zahl der Landesgemeinderäte ein, deren Gesamtsumme gegenwärtig 5 für ganz Preußen beträgt. Da an keiner preussischen Universität ein Lehrstuhl für Gemeindegewaltigkeit besteht, hat man den letzten Gemeindegewaltigen, Professor Teufel aus Wien, holen müssen! Die Redner und Rednerinnen der bürgerlichen Parteien begnügten sich mit einigen verlegenen Redensarten. Mit ihnen regnete die sozialdemokratische

Abgeordnete Frau Ge

in einer kräftigen Rede ab. Als sie die Berechtigung höherer Mittel für Kindererziehung forderte, fanden die Kommunisten es passend, darauf hinzuweisen, man dürfe als Sozialdemokrat nicht blöden und betriegen. Die Antwort, daß die Sozialdemokraten für hungrende Kinder bitten, während die Kommunisten um Almosen betteln, brauchen sich die Herrschaften nicht hinter den Spiegel zu stecken.

In die Beratung des Wohlfahrtsrats eingeschoben wurden die Bestimmungen zum Landwirtschaftsstatut, bei denen sich fast durchweg eine agrarische Mehrheit ergab. So wurde, wie auch mit schwacher Mehrheit, die Aushebung der Futtermittelzölle abgelehnt und die Ausweitung des verbotenen Einfuhrzollensystems, das es bisher nur bei Getreide gibt, auch für Schweine befähigt. Abgelehnt wurde selbstverständlich auch der grundsätzliche sozialdemokratische Antrag auf Erzielung des übermäßig großen Grundbesitzes zu Erlösungsrecht. Die Wohlfahrtsratsbeschlüsse wurden am Samstag fertiggestellt. Mehr als 10 Jahre wartet die deutsche Schiffbauindustrie auf die Rückgabe ihres in Amerika beschlagnahmten Vermögens. Endlich scheinen ihre Hoffnungen in Erfüllung gehen zu sollen.

Freigabe deutschen Eigentums.

Fürstentum scheiden aus.

Auf Grund des inzwischen vom Repräsentantenhaus angenommenen und vom Finanzausschuß des amerikanischen Senats im wesentlichen unverändert gefassten Gesetzes sind 80 Proz. des beschlagnahmten deutschen Privateigentums sofort auszubändigen. 20 Proz. will man zurückstellen, bis die Ansprüche amerikanischer Privatpersonen an Deutschland aufgerechnet und bezahlt sind. Die deutschen Forderungen für beschlagnahmte Schiffe, Patente und Patentschriften sollen auf 100 Millionen Dollar beschränkt und vorläufig mit 80 Proz. entschädigt werden. Die amerikanische Regierung hat auch zugestanden, ihre Forderung in Höhe von 60 Millionen Dollar solange zurückzustellen, bis die deutschen und amerikanischen Privatforderungen völlig befriedigt sind. Nach dieser Rechnung belaufen sich die deutschen Forderungen auf ungefähr 200 bis 300 Millionen Dollar. Das ist für das kapitalisierte Deutschland eine ganz respektable Summe. Nicht entschädigt werden ehemalige sowjetische Fürstentümer, so weit sie einen Anspruch aus irgend einer Beteiligung an Schiffbetriebsgesellschaften haben.

Die Nutznießer der Freigabe deutschen Eigentums sind in der Hauptsache die deutschen Schiffahrtsgesellschaften und die großen Bankhäuser. Die Forderungen des Norddeutschen Lloyd lauten, ohne Zinsen auf 10 Jahre, auf 60-80 Millionen Mark, die der Hamburg-Amerika-Linie auf 70-81 Millionen Mark und die der Hanseatische Schiffahrtsgesellschaft auf 16-17 Millionen Mark. Die Berliner Handels-Gesellschaft, eine der größten deutschen Banken, beansprucht 10 Millionen Mark aus beschlagnahmten Wertpapieren. Dazu kommen noch die Forderungen einer ganzen Anzahl von Industrie- und Handelsfirmen, deren Ansprüche zwischen 1-15 Millionen schwanken.

Nom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft ist der durch die Freigabe des deutschen Vermögens zu erwartende Kapitalzufluß nur zu begrüßen. Es handelt sich dabei um eine außergewöhnliche und zugleich recht beträchtliche Kapitalhilfe, gewissermaßen um einen umgekehrten Transfer, der auf alle Fälle die Aufnahme von Auslandsanleihen in gleichem Betrag überflüssig macht und unserer Wirtschaft Zinsentlastungen an Nordamerika erspart. Die zu erwartenden Summen kommen nach der Umwandlung in Mark natürlich dem deutschen Geldmarkt zugute; falls man eine Umwandlung in Mark nicht vorziehen will, können mit den Dollarbeträgen immerhin deutsche Auslandsanleihen von deutschen Zeichnern gekauft werden.

Andererseits wird den eigentlichen Interessenten durch die Freigabe natürlich ein ansehnliches Geschenk gemacht, das sie in ihre bisherige Verschuldung nicht einfallen lassen. Da sie ihre Forderungen in Amerika schon längst bis auf eine Mark abgeschrieben haben, ermöglicht ihnen durch die bevorstehende Freigabe ein großer Substanz- und Bilanzgewinn. Es sollte deshalb selbstverständlich sein, daß die so entfallenden Gewinne freiwillig erzielt werden. Schließlich konnten die in Frage kommenden Gesellschaften, und das gilt insbesondere von den Schiffahrtsgesellschaften, nur mit Hilfe großer Zuwendungen des Reiches und beträchtlicher verbilligter Kredite wieder aufgebaut werden. Auch hier hat unseres Gläubigers eine Aufwendung stattgefunden, zumal die Firmen dazu nach der Freigabe durchaus in der Lage sind. Das Reich hat jedenfalls alle Veranlassung, von sich aus bald die Initiative zu ergreifen. Geschieht das nicht, dann dürfte die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika bald auch erste innerpolitische Bedeutung erlangen.

Die Neuorganisation der Preußenkasse.

Ueber die von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse gestellten Maßnahmen zur Reorganisation des landwirtschaftlichen Kredites äußert der „Soz. Preussentag“ von zuständiger Seite folgendes:

„Notwendig erweist sich in erster Linie, die ganze Kreditgewährung der Preußenkasse nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln. Soll eine Umbildung der ganzen Verhältnisse in der Landwirtschaft überhaupt herbeigeführt werden, so muß man mit den allgemeinen Kreditlinien brechen, die nicht zuletzt die deutsche Landwirtschaft in der gegenwärtigen Krise gefehlt haben. Wie notwendig die von dem neuen Leiter der Preußenkasse,



Reichsanwalt Dr. Klepper,

geplante Umstellung ist, mag daraus hervorgehen, daß die Preußenkasse, das größte landwirtschaftliche Kreditinstitut Deutschlands, dessen Engagement bei der Landwirtschaft weit über 800 Millionen Mark beträgt, bis zur Berufung Dr. Kleppers über keinen landwirtschaftlichen Sachverständigen verfügte.

Der neue Leiter der Preußenkasse hat seine Reformarbeit damit begonnen, daß er in der Zentralgenossenschaftskasse selbst eine betriebswirtschaftliche Abteilung einrichtete. Sie soll in ähnlicher Form auch bei den Stellen der großen Zentralgenossenschaftsbünde eingeführt werden und hat die Aufgabe, durch Betriebsberatung und Betriebskontrolle Kreditrisiko zu unterbinden. Es handelt sich bei diesen Maßnahmen um feinsteleinstufige über die

Betriebe. Sie kommen auch weniger für die feineren und mittleren Betriebe, sondern mehr für den Großbetrieb in Frage, wo das Risiko bei der Kreditgewährung natürlich am größten ist.

Wiel schwieriger wird die Frage der Umgestaltung in der Landwirtschaft selbst sein, die nach dem von der Dinge aus im engsten Einvernehmen mit der Preußenkasse erfolgen kann. Die kurzfristigen und brüchigen Personalstellen sollen nach der bestehenden Praxis in zweite Hypothek überführt werden. Dadurch rücken aber die von der Preußenkasse gegenüber Personalstellen an dritte Stelle. Darin liegt nicht nur für die Preußenkasse, sondern überhaupt für das ganze Personalwesen eine große Gefahr. Unter Umständen können so auch die gelunden Betriebe in den Untergrund der tranten und nicht mehr lanierungsfähigen Betriebe herabgezogen werden. Deshalb muß die Preußenkasse, wo der Betrieb durch Beschäftigung irgendwem gefährdet ist, darauf dringen, daß bei der Umwandlung der Personalstellen in qualifizierte Hypothekenschein eine völlige Bereinigung des Schuldenbestandes stattfindet. Diese Maßnahme ist insbesondere angebracht, weil so dem Bankrott die Möglichkeit gegeben wird, sich den notwendigen Betriebskredit zu verschaffen.

Die Umwandlung von Personalstellen und Hypothekenschein kommt nur für lebensfähige Betriebe in Frage. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß der Grundstücksmarkt in nächster Zeit, wenn die Liquidierung der tranten Betriebe erfolgt, unter starkem Druck steht. Um hier eine Verfestigung volkswirtschaftlichen Vermögens zu verhüten, hält der Leiter der Preußenkasse eine Erhöhung des Grundstücksmarktes für unbedingt geboten.

Hand in Hand muß, neben einer Berechtigung im Genossenschaftswesen überhaupt, eine Erweiterung der Kapitalgrundlage der Preußenkasse erfolgen. Damit ergibt sich die Notwendigkeit einer Kapitalerhöhung der Kasse. Sehr wahrscheinlich wird diese Erhöhung unter Führung Preußens und in Gemeinschaft mit dem Reich und den Ländern durchgeführt werden.

Die Art und Weise, wie der neue Leiter der Preußenkasse die Arbeit zur Umbildung des landwirtschaftlichen Kredites aufnimmt, beweist, daß die Preussische Regierung in Reichsanwalt Dr. Klepper den rechten Mann an die rechte Stelle gestellt hat. Das beweist natürlich die Rechtschaffenheit, die Dr. Klepper in der gemeinsamen Arbeit mit den Genossenschaftspunkten teilt. Es hat sich auch ergeben, daß die in den letzten Tagen gegen Dr. Klepper vorgebrachten Angriffe durchaus unbegründet sind. Durch eine solche gemeine Handlungsdeweis dient man aber nicht der Landwirtschaft, sondern man bedroht das notwendige Enteringamer.

Zur Staatspräsidentenwahl in Oesterreich.



Prof. Dr. Richard Wettstein.

Die Amtszeit des österreichischen Bundespräsidenten Dr. Hainisch läuft im Dezember 1928 ab; ohne eine Verlängerung der Befassung ist eine weitere Wiederwahl für ihn nicht möglich. Als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolgerschaft wird in politischen Kreisen Professor Dr. Richard Wettstein genannt, der Dozent an der Wiener Universität ist, der demokratischen Richtung angehört und als Freund der Anstufungsbewegung bezeichnet wird.

Bergeffen.

Die allgemeine Nationalistendämmerung

ist herangebrochen. An dem Idealismus der nationalistischen Führer glaubt kein Mensch mehr — und die wenigen wirklichen Identitäten in den Reihen der Rechtsabteilungen werden sich schaudernd von ihnen ab. Wer redet heute noch von Schlageter, der einst die Rechtsjustizfession gemeinsam mit Karl Raab auf Nationalgebühren machen wollte?

Der Schlageterfall hat ein jähes Ende gefunden. Es steht heute fest, daß Schlageter nicht aus vaterländischen Idealismus gehandelt hat. Er hat bei den Litauern Dienste geleistet, bei den Litauern, denen die nationalen Deutschen nicht verbieten können, daß sie das deutsche Reichland erberben. Dann war er eine Zeitlang bezahlter Agent der polnischen Nachrichtendienste, die polnischen, des neuen Erblandes aller Nationalen. Seine Tätigkeit der Sabotage im Ruhrgebiet hat er begonnen, weil er in Schanden ferste und dafür gut bezahlt wurde.

Man ließ diese vernichtende Charakteristik in einem weltberühmten Monarchenblatt „Der Niederische“, Wochenblatt für Deutschum und Heimat.

Die nächste Ratsitzung.

Am 3. März beginnenden 49. Tagung des Väterbundrates werden Entschlüsse mit der an der Reichspräsidentenwahl Grenze aufgedeckten Massenflugmangel-Maßnahmen zu beschließen haben. Außerdem liegt ihm ein Antrag des Deutschen Volksbundes in Oberböhmen vor, die Errichtung einer höheren deutschen Ministeriums in Oberböhmen zu genehmigen. Auch die Stationierung polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen und das politische Munitionsexport auf der Westfront wird dem Rat nochmals beschützt. Schließlich ist die Regierungskommission des Saargebietes neu zu wählen.

Sächsisch-Gesandtschaft in München.

Gewisse Änderungen können die Großmachtspiele nicht lassen. Der Freistaat Sachsen hat eine Gesandtschaft in München, die in der Geschichte kleinasiatischer Verwaltungsurteile eine Rolle spielt. Der Posten des Gesandten war frei geworden, es wäre Gelegenheit gewesen, die unruhige Einrichtung die nur ein Souveränitätspielzeug ist, eingehen zu lassen. Die sächsische Regierung hat jedoch den Vorschlag nicht abgelehnt. Sie hat zu diesem Zweck eine diplomatische Expertise in Bonn geschickt. Die sächsische Staatsrat, die zugleich Ministerium des Innern ist, hat fernerlich bei der Münchener Regierung, Ministerium des Auswärtigen, um das Agrement für ihren Kandidaten nachgefragt. — Es hat es erhalten — fernerlich diplomatischer Schriftschreiber — und hat nun den bisherigen Agentenrat erster Klasse im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Erich Gottschalk zum sächsischen Gesandten in München ernannt. Die Großmachtigen Wagnis und Sorgen stehen also gewiss wieder in normaler diplomatischer Beziehung. Was hat der neue Gesandte zu tun? Sehr einfach. Er hat Verleumdungen aus Stuttgart und Karlsruhe, die man sonst vielleicht direkt nach Dresden hätte schicken können, registrieren und umgebeudern zu lassen und hat über ordnungsgemäße Registrierung und Frontierung zu machen. Mit anderen Worten, er hat dafür zu sorgen, daß der Verwaltungsgang in nicht zu einfach wird.

Ein stinkender „nationaler“ Sumpf.

ist in Nürnberg aufgedeckt worden. Unter der Ägide der Eröffnung in 20 Fällen stehen bekannte „nationale“ Heiden aus Nürnberg vor den Strafgerichten. Sie bedienen sich der üblichen Methoden des Neostorjournalismus, um Geld zu machen. Zwei Standalitätsfälle, „Die Kanone“ und der „Eberhard Halmes“ wurden als Druckmittel benutzt, um von Deuten, die in ihrem Privatleben Punkte hatten, die man nicht gern öffentlich erörtert hätte, Geld zu erpressen. Der Macher der „Kanone“ war ein gewisser Ferdinand Bürger, ein Freund des berühmten Julius Streicher, schwer vorbestraft und faustschick bei den Nationalsozialisten. Der Herausgeber des „Eberhard Halmes“ dagegen ein Georg Käsel, der eine große Rolle bei den Wäffeln spielte und ebenfalls schwer vorbestraft ist, u. a. mit zwei Jahren Gefängnis. Sie taten sich ihre Mitarbeiter in den „nationalen“ Kreisen Nürnbergs an, fanden sie auch, teils Nationalsozialisten und teils Wäffeln, die alle ebenfalls schwer vorbestraft waren.

Saubere Koalition.

An der Gemeinderatswahl in Hötensdorf in Kammern haben sich Kommunisten und Deutschnationale zu einer Einheitsfront gegen die Sozialdemokraten zusammengeschlossen. Sie betreiben gemeinsame Obstruktion und verbünden die Veranschaulichung wichtiger Vorlagen. Die Haupttribüne dabei sind die deutschnationalen, schwarzweissen Grundbesitzer. Mit Hilfe ihrer kommunistischen Freunde legen sie ihre reaktionären Wünsche durch. Es haben glücklich verbunden, daß eine Vorlage über einen dringenden Schulneubau verabschiedet werden konnte. Schwarzweisse Grundbesitzer gegen die Sozialisten, und die Kommunisten helfen ihnen dabei. Eine saubere Partei!

40 200 Pferde hat unter 100 000 Mann-Her, die Marine eingezogen. Damit kommen im Zeitalter des Automobils auf je zwei Soldaten ein Pferd. Wie hobens ja. —

Ein Millionenloshaus. Die Gattin des Senators Wolkefstr wurde, während sie mit ihrem Mann einem Stimmzettel beimot, schwer befohlen. Ihre Kammerdiener, der seit einem Jahr in Diensten stand, beanugte die Abwesenheit seiner Herrschaft, um sämtliche Schmuckstücke der Senatorin zu erwerbten. Darunter befand sich eine Perlenkette, die allein einen Wert von einer Million Lire hat.


„Sängerbund“
Gegr. 1883 Mitglied des D. M. S. B. Gemeinn. Verein
Ca. 200 Sängern u. Sänger Verträgliches Kontingentsverfahren.

Montag, den 13. Februar 1928, abends 8 Uhr
im großen Saale des Stadtparks

2. Winter-Konzert
Zur Auführung gelangt:
„Die erste Walpurgisnacht“
Ballade u. Gänge - In Musik gesetzt v. Felix Mendelssohn-Bartholdy
sowie
„Das Lied von der Glocke“
Gedicht von Schiller - In Musik gesetzt von A. Romberg
Ausführende: Chor und Solisten des Sängerbundes
unter leitender Aufsicht von Hrn. Charlotte Wolf vom
Stadtpark, hier:
Dirigiert: Die verträglich Kontingentskapelle
Musikleitende Leitung: August DALL

Eintritt-Garten am Preise von 50 Pfg. bis 2,00 Mark sind in
folgenden Sonettstücken an haben:
Buchhandlung Schönberr, U. d. Spinden; Musikhaus Paris,
Martinplan; Gewerkschaftshaus, Gerberstr.; Otto Bollmann,
Patentstraße sowie in den Kontingents in der Patenteinstr.,
Gewerkschaft u. Schulungstrasse

Saalöffnung 7 Uhr. Punkt 8 Uhr werden die Saaltüren geschlossen

**Hotel
Prinz Eugen**
Direktion: E. Schmalz
Fernsprecher Nr. 2057

Elegante Restaurants
/ Erstklassige Küche /

SALE FOR HOCHZEITEN
UND GESELLSCHAFTEN

Sonntag, den 12. Februar
ab 20 Uhr
Gesellschafts - Abend
- mit Tanz -

Patent - Ingenieur **Böhme**, Halberstadt,
Breiteweg 29, Mittel d. Verb. Beratend. Inst. - Ing.

Elysium **Elysium**

Sonntag, 12. Februar
findet der diesjährige große

Maskenball

statt **3 Kapellen**

Neue wundervolle Dekorationen
Beleuchtungs-Effekte

Überraschungen aller Art u. a.: **„Die Baumanshöhe“**
Prämierung der 3 schönsten Damenmasken
der 3 schönsten Herrenmasken

Der Maskenball des Elysiums hat seine eigene Note!!!

Anfang 18 Uhr Anfang 18 Uhr

Eintrittskarten: Herrenmasken 3 Mk., Damenmasken 2 Mk.,
Zuschauer 1,50 Mk. Vorverkauf: Zigarngeschäft Willy Prentzen,
Fischmarkt und „Elysium“. Logenkartenkarten nur im „Elysium“

Spiegelsberge
Jeden Sonntag und Mittwoch
Künstler-Konzert
Anfang 3 1/2 Uhr **Eintritt frei**
In der Veranda kein Aufschlag.

Stadt-Park
Halberstadt
Donnerstag, den 16. Februar,
findet der größte, von Jahr in Jahr in Halberstadt
und in der ganzen Umgegend beliebteste

Masken-Ball
der diesjährigen Saison statt.

Ganz neue, eigen-
artige u. herrliche
Dekoration und
Beleuchtung läm-
licher Räume.
Im kleinen Saal
**Japanisches
Blütenfest**

4 Musikkapellen Viele Überrasch.
21 1/2 Uhr: Einzug des Prinzen Carneval
mit großem Gefolge.
Beginn des Maskenballes: 20 Uhr.
Einlaß: 19 Uhr.

Eintrittskarten im Vorverkauf im Verkehrs-
büro Rommert, Fischmarkt: 2 Mark (ein-
schließlich 1 Mark Steuer). An der Abend-
kasse: 3 Mark (einschließlich 1,50 Mk. Steuer)
Ganze Logen, sowie einzelne Logenplätze
sind nur im Stadtpark zu haben.

Reste

Auf alle in der
letzten Zeit ange-
sammelten Reste
gehen wir freiz der
schon weit herab-
gesetzten Preise

**50%
Rabatt**

die auf Ihrem
Kassenzettel in
Abzug gebracht
werden!

in
Seidenstoffen
Wollstoffen
Waschstoffen

Rahmlow & Kressmann
Das gute Einkaufshaus für Stadt und Land

Druckfaden mit Handel und Gewerbe, Vereine,
Geschäften u. eben anderen Bedarf
liefern billig die Buchdruckerei des
„Halberstädter Sägeblatt“.

**Montag
und
Dienstag**

Fürstenhof

Sonntag-Nachmittag
in den überaus
prächtig dekorierten Räumen
**Großes
Nachmittagskonzert**
ausgeführt von 2 Kapellen
Jeden Abend:
Karneval!
3 Kapellen in Orig.-Kostümen

Heute Sonnabend bleiben Fürstenhof
und Spatenraum ab 18 Uhr für den öffent-
lichen Verkehr geschlossen, da sämt-
liche Räume an einen Verein vergeben sind

WARTBURG

Jeden Mittwoch und Sonntag
nachmittag 3 Uhr:
Künstler-Konzert
Kapelle Görcke. **Eintritt frei.**
Anstich von Harzer Stark-Bock!

Forsthaus
Sonntag, 12. Februar
Japanisches Blumen-Fest
KONZERT (Tonkünstler)
◀ **Tanzdiele** ▶
Eintritt frei. Antobus-Verkehr.

Schützenwall
Jeden Sonntag ab 6 Uhr:
Gesellschafts-Tanz
im herrlich dekorierten Saale!
Eintritt: Damen 60 Pfg. Herren 80 Pfg.

Kleiner Stadtpark
Kleiner Saal Kleiner Saal
Heute
12. Februar 1928
**Gesellschafts-
Ball**
Anfang 6 Uhr.

Verein für Volksbildung E. V.
Dienstag, den 14. Febr., abends 8 Uhr
im „Elysium“
Tanzgastspiel Senta Marie (München)
Am Flügel: Kapellmeister Alfred Waneck
von der Akademie der Tonkunst, München
Flügel aus der Schubertschen Pianofortfabrikation

Voranzeige!
Bad-Restaurant „Felsenkeller“
Bad Suderode.
Sonabend, den 18. Februar 1928
Großer
Maskenball u. Kostümfest
Carl Severin.
Eintrittskarten für Herren u. Damen-Masken
mit 1-2 Zuschauern 20 Pfg. sind im Hotel zu haben.

Schuhmacher Zwangs-Jungung
Halberstadt und Umgegend.
Wir laden hierdurch nochmals unsere Mitglieder
an der am Montag, den 12. d. M., vorm.
10 1/2 Uhr im „Rathhof“ stattfindenden
außerordentlichen Versammlung
ein.
Der Vorstand.

Sternwarte
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Künstler-Konzert
Anfang 8 1/2 Uhr **Eintritt frei**

Fachverband
des deutschen Eisenbahn-Mangierpersonals
Ordinarium Halberstadt.
Am Sonntag, den 12. Februar 1928 findet
in den oberen, herrlich dekorierten Sälen des
„Schützenwall“ unter diesjähriges
Kappenfest
statt. Gäste durch Mitglieder eingeladen, sind herzlich
willkommen.
Anfang 17 Uhr **Eintritt frei**
Der Festausdruck.

1. Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 37.

Sonntag, 12. Februar 1928.

3. Jahrgang.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigeröder, 11. Februar.

Karneval.

Die katholische Kirche hat von jeher dafür gesorgt, daß ihren frommen religiösen Vorschriften ein frohlicher Ausweg gelassen werde. In diesem Besonderen hat auch der Karneval seine tiefere Lebensgründe. Während der alte Karneval unmittelbar aus dem Volke entsprang, ist man heute dazu übergegangen, ihn durch „Gesellschaftler“ zu organisieren. Die „Sektionen“ dieser „Gesellschaftler“ beginnen bereits den Karneval und dienen vor allem der sorgfältigen Vorbereitung des eigentlichen Karnevalsabends. Am Mittwochabend den 8. November feiert „Freizeit“ hier das Fest an diesem Abend auf eine gelungene Gesellschaft feierlich.

Man beginnt mit dem Karneval nicht mit dem Beginn der Fastenzeit, aber man hat sich schon frühzeitig nicht mit Beginn der Fastenzeit, sondern das ausgelassene Treiben auf viele Wochen ausgebreitet. Die Hauptfeier des Karnevals beginnt am Donnerstag vor Fastnacht, dem sogenannten „feiten“ Donnerstag, den man im hiesigen „Dreienbonnerfest“ (Dreier Donnerstag) nennt. Ein besonderes Vorrecht der Jugend ist es, an diesen Tagen mit ihren „Gesellschaftlern“ durch den Ort zu ziehen und allerlei Gaben einzusammeln. Den eigentlichen Höhepunkt erreicht die Bekehrung zum Sonntag, Montag und Dienstag vor dem Faschingsmontag. Am Faschingsmontag (sogenannter „Montag“), an dem die große Festigung stattfindet, hat das Maskenfeste sein Hauptrecht. Drei Tage lang durchstreifen Umzüge verkleideter Personen die Straßen und geben ihrer ungebundenen Lebensfreude in allerhand irdischen Späßen Ausdruck. So mancher Vater hat den Gegenstand dazu, den grauen Faschingsmontag, im Bilde vollkommen ermatteter Umzugsteilnehmer festgehalten.

In den vormorgendlichen Stunden bildet der Rosenmontagszug den Mittelpunkt dieser harmlos fröhlichen Ausgelassenheit. Bergartige Wagen, die Anspielungen auf bemerkenswerte Vorgänge des verwichenen Jahres enthalten, Schiffsstärker, Reiter und Fußgruppen sammeln sich in diesem Zuge, der so nicht nur zum Ausdruck der Lebenslust, sondern auch zum Kulturbilde der Gegenwart wird. Von der Straße geht dann der Nummernzug in die Gassenhauer und „Gesellschaftler“, bis endlich die Kirche wieder ihr Recht auf die fromme Andacht der Messe endlich wieder hat. In den „Gesellschaftlern“ haben die Leute mit großem Gelächel auf prunkvollen Bänken den Faschingsfest der Karneval. Das Rheinland kennt für diese Tage auch ein besonderes Badewort, in Köln z. B. die „Mausen“ oder „Mausenbäder“, auch „Krabben“ und „Waffen“. In Köln z. B. nennt man diese Badewort „Mausen“. Die Reue des Rheinländers zu Spott und Spöter tobt sich in dieser Zeit ungehemmt aus, ohne dabei, wie es im schwerfälligen Norden leicht vorkommt, in Unbehagen auszurufen. Sie kommt auch in der rheinischen Lebens- und Sittenwelt zum Ausdruck, die in ihrer unantastlichen Heiligkeit steht dem Norddeutschen vielfach beinahe unverständlich bleiben.

Der Mann ohne Gedächtnis.

Der Wermos auf der Halbesand.

In der Klage gegen den Wermos wegen der von dem Finanzamt an den Wermos aufgetragenen 500 Mark konnte mit jeder neuen Gerichtsverhandlung mehr Licht. So nach und nach wird auch klar, für was die aufgenommenen Gelder verwendet wurden sind. Klarer wird auch, warum Herr B. sich nicht mehr erinnern kann, ob er eine Quittung auf 500 Mark unterschrieben hat oder nicht.

In dem am Freitag vormittag am Gerichtsstelle anberaumten Termin hat der 1924 amtierende Schriftführer, Kaiserstrassengasse 1, Wernigeröder, den Schlichter über die geheimnisvollen Geldquellen des Wermos gefürcht. M. ist heute nicht mehr Mitglied der Organisation und legte unter Eid aus, daß zu der Höhepunkte des Wermos im Juni 1924 neue Uniformen benötigt wurden. Brandes, der damals eine Führerschaft im Wermos bekleidete, mußte Brandes

B. stellte für den Wermos 6 Wechsel aus und die benötigten 60 Uniformen a 35 Mark wurden geliefert. Als der Fälligkeitstermin für die Wechsel heranrückte, war guter Rat teuer. Der veranlagte Wechselkurs bei der Zahlung wurde ausgeschrieben, und statt dessen wurde man ein nicht zu kleines Defizit. Aber woher nun Geld nehmen, wenn man nichts hat! Auf die wiederholten Mahnungen an die Wermosleute, die Uniform zu bezahlen, rührte sich niemand. Bestenfalls hatte man den „Waffen“ gelacht, die Anzüge werden aus der Kasse gebahrt. Und nun sollte man selbst die Kasse! B. wußte wiederum Rat. Er nahm unter anderem, bei der Diskontobank 500 Mark auf.

Als man auf der Bank dahinter kam, das der Wermos wohl verlegt, aber bei einem obliegenden Urteil nicht als juristische Person zu stellen war, bedachte man das Konto Wermos auf Brandes ab. Nun mochte die Bank zur Zahlung. Da B. aber nicht zahlen konnte, bedachte der Bankbeamte Babelsch das Konto Brandes auf seinen Namen ab und der Schriftführer hat denn in den Büchern des Wermos das Konto Brandes auf das Konto Babelsch umgedacht. Diese Bücher hat der Kaufmann Wermos, der Wermosmann Kurt Seligmann übernommen.

Wichtig ist das Gericht nun bei diesem nach, um die ominösen Geldgeschäfte des Wermos endlich einmal ins Reine zu bringen. Für die 60 Wechselsummen mußten allein 2100 Mark herangezogen werden. Wo die restlichen 1600 Mark hergenommen sind, ist nicht zur Sprache gekommen.

Bis zum nächsten Termin am 28. d. Mts. soll nun Rücksprache genommen werden, ob der Angeklagte Brandes sich noch diesen Erklärungen erinnern kann, daß er von der Diskontobank 500 Mark für die Einlösung der ungedachten Wechsel erhalten hat. Das Gericht hofft am 28. Febr. endlich zu einem Ergebnis zu kommen.

— SPD. Montag-Abend, 5 Uhr, Parteiversammlung. Alles muß zur Stelle sein.

— Alle im Transport- und Verkehrsgewerbe Beschäftigten werden den nochmals hiermit dringend aufgefordert sich an dem heute Abend im H. Saal des Gewerkschaftshauses stattfindenden Vortrag über die neuesten Verkehrsverordnungen zu beteiligen.

Die Folgen einer Schwarzfahrt. Auf einer Probenfahrt verunglückte ein Personentaxi so schwer, daß es von Wernigeröder aus abgeschleppt werden mußte. Die hierdurch entstandenen Kosten wollte der Schwarzfahrer nicht bezahlen, obwohl gerichtlich festgestellt wurde, daß die Kostenrechnung durchaus niedrig gehalten war. Die Verlegung der Verhandlung vor dem Amtsgericht machte sich erforderlich, um weitere Zuge zu vernehmen.

— Nachsicht. Im heutigen Amtsgericht wird auf die Nachsicht aufmerksam gemacht, worauf wir hierdurch die Beteiligten hinweisen.

Ein großer Saft kann niemand haben, der ein kleines Einkommen hat. Drogals benutzte der Schmidt B. K. jede passende Gelegenheit, um Nebenbeschäftigungen auszuführen. Für wiederholt ausgeführte Diebstähle dieser Art wurde ihm 18 Monate Gefängnis aufgetragen. Sonderbarerweise ist ihm jetzt Bewährungsfrist für den kleinen Rest seiner Strafe gewährt. Dieses Entgegenkommen des Gerichts benutzte K. sofort, um erneut einzubrechen. Auch der Einbruch in die Schulzeige wurde ihm zur Last gelegt. Die Kriminalpolizei hat sich des lofen Weges angenommen, und im sicheren Bewußtsein kann er nunmehr seiner erneuten Verurteilung entgegensehen.

Ein Zehnjähriger des Bireckstrassens. Zu welchen Folgen ein übertriebener Bireckstrassens führen kann, zeigt folgender Fall: Ein 10-jähriger Bireckstrasse in einem Nachbarort benutzte zum Franzieren einer Pflanze eine schon abgeschleppte Lichtermarken. Dieser Staatsbetrug wurde hier erbeutet, und es wurde ein hochnotpeinliches Verfahren eingeleitet. Das junge Menschenkind gefand dann unter Tränen. Das Ergebnis dieser Untersuchung war, daß das junge Mädchen am Mittwoch seinen Leben durch Erhängen ein Ende machte. Man muß angesichts dieses traurigen Vorfalles mit allem Ernst fragen, ob es notwendig war, wegen einer solchen Pappelle eine Staatsaktion einzuleiten. Die Bireckstrasse ist längst erparat, aber die Bireckstrasse sollte um diese Begegnung ihren ganzen Apparat

in Bewegung. Hat man wirklich nichts Besseres zu tun? Es erscheint unbedingt notwendig, daß die vorerwähnte Dienstbehörde diesen Fall genauestens untersucht, ob hier nicht unzulässige Ermittlungen im vorliegenden oder ein überfälliger Beamter sich etwa hervorzu tun wollte. Die traurige Tatsache, daß ein junges Menschenkind wegen einer Lichtermarken in den Tod ging, sollte jedenfalls Anlaß genug sein, diese Behörde gründlich zu revidieren. Das erscheint auch darum notwendig, weil, wie man hört, der Vorsitzende des hiesigen Stadtrates mehrmals wöchentlich Unterredungen mit Polizeibeamten während der Dienstzeit pflegt. Handelt es sich da etwa um dienstliche Angelegenheiten?

Schloß-Café. Hier haben bereits ausgiebig über den glänzenden Galanabend im den Schloß-Café, der von steter Spannung und von beiderseitiger Kraft ist. Man verläßt nicht, sich den Film anzusehen. Heute Sonnabend und Montag beginnen die Vorstellungen um 6 und 8,30 Uhr, morgen Sonntag um 4 Uhr, 6 Uhr und 8,30 Uhr. Montag ist der letzte Spieltag. (Siehe Inserat.)

Aus Halberstadt.

* Alles um den Bahnhofs. Eine hübsche junge Schöne, die man überall dieses und langes Haar besitzt, war von der Schloßstraße nach dem Bahnhof gefahren. Aber alle, ob Mannlein oder Weibchen, rieten ihr ab. Es wäre schade um so hübsches Haar. Sie schien dann auch von der Bahnhofsstraße gefahren zu sein. Gestern morgen kam sie nun befristet aus ihrer Kammer zu ihrem Dienstherrn und erzählte diesem bezeichnend, daß ihr über Nacht ein Fremder die Zöpfe abgeschnitten habe. Sie habe, als sie nach Hause gekommen sei, draußen schon ein abgetriebenes Auto bemerkt. Hiermit wurde wohl der Zopfschneider gefangen sein. Beide, Dienstherr und Liebeskinder, eilten nun zur Polizei und erzählten die Schauerwelt. Da aber der Zopfschneider nicht, wie es jetzt heißt, ist, die Zöpfe mitgenommen hatte, sondern diese vor dem Bett lagen, forschte die Polizei ganz genau nach und schließlich wurde die hübsche Maid dann gegeben, daß sie selber der Zopfschneider war. Sie wußte sich nicht anders zu helfen, und einen Bahnhofs wollte sie doch nur einmal haben.

* Tödlicher Unfall auf Bahnhof Wegeleben. Neben einem auf Bahnhof Wegeleben rangierenden Güterzug lief ein Eisenbahnarbeiter aus Dittorf her. Er überließ dabei, daß auf dem Nebengleise ein Personenzug herangefahren kam und wurde von diesem erwischt und so zu Boden geschleudert, daß ihm ein Bein abgequillt wurde. Der Verletzte wurde sofort nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht, wo ihm das Bein abgenommen wurde. Der am Morgen Verunglückte ist aber bereits am Nachmittag infolge des starken Blutverlustes gestorben.

* Ein hier gefaschtes Jahrbuch wiedergefunden. Im Barchfeld wurde ein dort unter falschem Namen arbeitender Barchfelder verhaftet, weil er heimlich verlorzt wurde. Bei dem Verhafteten fand man ein fast neues Jahrbuch, das in Berlin gefasst haben will. Es ist aber festgestellt, daß es sich um ein Jahrbuch handelt, das im November vorigen Jahres hier in der Schmiedestraße entwendet wurde. Der Eigentümer hat das Jahrbuch als das seine erkannt.

* Festgenommen wurde unter dem Verdacht der Zuhälterei ein Braunhauer stammender Kellner, der sich schon längere Zeit hier beschäftigungslos aufhielt.

* Kunstverein. Im hiesigen Museum wird am morgigen Sonntag eine interessante Ausstellung von Werken des Professors Max Bernuth, Elberfeld und seiner beiden Söhne Walter und Fritz eröffnet. Die beiden ersten stellen Bildnis und Graphik (Kontaktschicht und Porträt) aus, der Letztere Bildnisse. Die Ausstellung ist morgen von 11—2 Uhr geöffnet, am den Wochentagen von 10 bis 5 Uhr. (Siehe Inserat.)

Kniff bei untern Intelligenz!

mir freundlich die Hand und den' doch daran, daß wir für alle Lebenszeit beieinander bleiben müssen. Was soll denn unter Herr Sohn für eine Meinung von uns kriegen? Er lächelte ihr treuerherzig zu und versuchte wieder das Kleid aufzubauschen.

Das Weib hob die Augen nicht zu ihm auf, aber plötzlich schüttelte ihren schlanken Leib ein verhaltenes Schrecken. Das war es ja, beieinander bleiben für alle Lebenszeit, immer freundlich sein und ein beiderseitiges Geschick machen, wenn einem auch gar nicht so zu Mute ist; immer arbeiten, Tag um Tag das nämliche Freude haben, wenn der Mann solches Zeug daher bringt. Das gefällige Ding folte ihr Freude machen! Ein Galbel von den Händen, die im Tadelnde ihre Hände, war mehr wert als das ganze neue Kleid. Und wie der Leopold nur so behaglich konnte vor ihr? Mit jeder Woche lag er nachlässiger aus, sie hatte aufgemerkt, sogar sein Schnurrbart war verwirrt und zerzaust und immer baumelte der leere Kermel herum. Ehemals war der Mann die hübscher, und wenn sie ihn auch nicht so lieb haben konnte, wie er sie, so gefiel ihr doch seine Gestalt und sein Wesen besser. Aber schon an ihrem hochdeutschen mußte sie annehmen, daß er ein Kniffpel. — Sie hatte es vermeiden wollen; moß hat sie mir hingehört? — kann sie doch wieder. Sie wußte nicht, warum ihr jetzt der Mann und die andere Quat, die Barchfelder, ja sogar die „Blauen Gans“ zumider waren. Daß sie alles das, wie es war, für die ganze Lebenszeit annehmen und aushalten mußte, das ging ihr immer durch den Sinn, und darauf pochte er noch und stand vor ihr und warzte auf eine freundliche Antwort. Woher nehmen?

„Ich will gar nicht davon reden, wie lang du mir nicht ein einziges Barchfeld gehst... Schau, Ene, ich bin heimlich anders wie die andere Männer, die du kennst da bei uns beruhten. Ich hab' die Welt gesehen, hab' ein wenig etwas gelernt draußen und gesehen... Du bist so schön und ich hab' dich gern gehabt, wie du noch ein hübsches Ding warst, und ich hab' dich immer lieber gesagt und gar nichts sonst gedacht, als daß ich dich heiraten u. dich recht glücklich machen will. Wenn du die überlegen bist, bist, wie wech du mir tu!..“

„Ich kann nicht anders sein, als ich bin“, antwortete sie leise. „Kannst nicht anders sein?... Barchfeld doch der der Hochzeit zutraufste. Sieh doch nicht so dort, komm' hervor und schau' die wenigstens das neue Kleid in der Höhe an.“

ANNEKURIERER (L. A. L.)

Jungfer Mutter.

Eine Wiener Hochadelsgeschichte von Ada Christen.

8. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Bist du Gott!“ schrie ihm der Vateremutter nach. „Hast doch keine Courage, bist wie ein Wachsflammen wegen dem Hochadel!“ brummte er für sich, als der junge Ehemann die Tür hinter sich geschlossen hatte.

Er schüttelte seine Traute mit dem Dellämpchen fehr energisch, hielt noch eine liebevolle Rede, als ob er zu lebender; Wien sprüde, und ging dann seine dunklen Wege, um den Menschen Licht zu bringen. Er ging fehr heimlich dahin.

Wider Willt hatte zwei Schwächen, welche seinem feste gerühmten Weibe das Leben schwer machten. Die erste war, daß er sich gern auf die unantastlichen Finanzspiele verließ, die seinen treueren und besseren Ehemann in der „Blauen Gans“ gab — aber das war eine Gewohnheit aus seiner frühigen Goldgläubigkeit. Die zweite Schwäche war gefährlicher, und sein Weib stand ihr vollständig hilflos gegenüber. Nicht hatte sich nämlich aus den lehrerhaften Schreien eine Art einlässlicher Bildung und aus allerlei Erlebnissen und Erfahrungen, die sich in seinem Gehirn als unbekanntes widergespiegelt; einen „philosophischen Standpunkt“ angeleitet. Die runde Frau mochte nicht zu ahnen, wenn er ihr von ihrer Höhe herab ihre Fehler vorhielt, sie verstand kein Kurantbuch, sondern betrachtete als er. War er einmal im Zuge, so mußte er sehr viel reden, das gab ihm Selbstvertrauen, und zum Schluß erklärte er immer, daß die „Blauen Gans“ ohne ihn und den einflamen Epochen weder Licht noch Bildung hätte.

Er hatte das Bedürfnis, vielen Leuten Ratzugeben, daß er ein unentbehrlicher Mensch sei, und diese Leuten fand er nur in der Sekunde, aber je eindringlicher er redete, desto mehr wurde ihm zugehört, und je länger er Redete, desto unklarer wurde ihm selbst dabei zumute. Der würdige Mann hatte das Unglück, gerade in seiner hübschen Gesellschaft zu kommen, als er ein Glas Wein trinken wollte. Wirtensausdrücke lesten sich zu ihm, und die Strohhalmredemittel fanden unantastbar, hörten laudend seine lange Rede über das neue Licht und Lichtglauben mit ihm. „Bist du nicht so ein Hochadel schauer“, schloß er, „aber wie sie alle benehen, komm' ich wieder und dann werd' ich auch benehen.“

daß es auf einmal finster sein wird. Keine Lust! — Wasdann später.“

Der Vateremutter ging fernsgerade, aber seine Kämpchen flürzten, und wenn er um die Ecke bog, so lag es ihm immer ein ein paar Schritte über die Gassen hinaus. Er schaute dann die hübsche ein, fragte den Oberkörper zurück und blickte mit zusammengekauerten Augen hinauf zu den Vorkernen, ging ein paar Schritte rückwärts und sprach er als die Dellämpchen schwanke bedenklich, wenn sie nach langem Ziehen am rechten Platz waren. In diesem Abend war es da draußen recht über beleuchtet, und als das letzte Kämpchen fehsch, beehrte sich der Vateremutter, wieder seine Zuhörerlichkeit im Wirtshaus aufzulösen.

Oben auf der Hauptstraße lag der Leopold von Baden zu haben und lachte lange, bis er ein Kleid kaufte, das den Farben nach Zuhören machen mußte in der „Blauen Gans“. Als Feiertag war, kam er mit dem Zeuge heim, je näher er dem Hause kam, desto mehr freute er sich über die großen Augen seiner Ene.

„Die mir dreinschauen!“ Das Herz schlug ihm so frei, als in die Sonne trat, und er hätte gern ausgehört vor Freude, anstatt daß er mit prächtiger Gleichgültigkeit das Umhangpapier abwidelte und sein Gesicht auf den Tisch legte. Er ließ den Stoff im Rechte genießen, kaufte ihn so auf in Galten, wie er es in dem Schuppen gefehen hatte, und sagte endlich schmeichelnd, weil er wußte, daß sie das am liebsten hörte:

„Du Frau, laß dir dein neues Kleid da bald machen.“

Es verlegte ihm die Stimme, er schmeig; wenn sie nur aufstehen und herkommen würde; er stetzte rasch seine Hand in die Tasche, damit er nicht den Arm nach ihr ausstrecken könnte. Von der Seite hob sie sein Jan beobachtet, aus dem Bewußtsein hervor, in dem sie mit der hübschen verhandelt hatte und ihr Kind einschärferte. Sie rührte sich nicht und sagte nur halbtot:

„Ich darf dir schon.“

„Was, sonst sagst du nichts?“ fragte er enttäuscht.

„Das kont'.“

Er ließ die Zähne übereinander, daß sie es bis in ihren Barchfeld hin trachten hörte, denn der Leopold hatte weise, breite Zähne, die stark wie ein Eisen waren.

Meinen Namen muß vergessen haben, denn ich hör' ihn immer noch, und lachen, scheint mir, geht auf den Dachboden, denn ich schau immer nur in dein mirrisches Gesicht. Sei gut, Beneh. ab.“

Der Kampf um Wohnung und Arbeiterschutz.

Der Reichstag nahm am Freitag die Schlußabstimmung über die Vorlage zur **Verschärfung des Mieterbausegesetzes** vor. Sie wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten angenommen. Dann beschloß sie das Haus mit der **Änderung des Reichsmietengesetzes**. Die Vorlage ist nicht gefehlt und fand auch die Zustimmung der Sozialdemokratie. Die Gesetzeskommission hat sich für die Verschärfung des Reichsmietengesetzes keine Anwendung finden auf Mietverträge, die über freigelegene oder freizulegende Räume nach dem 1. März 1928 abgeschlossen worden sind, sondern ausschließlich auf Geschäfte, Kneipen und Wohnräume beziehen. Die Absichten von Reich, Reichstag und Reichskammer mindestens 6 Wohnräume haben. Unsere Fraktion ließ durch eine energische Rede des

Abg. Kuhnt (Soz.)

sprechen. Sie beantragte die Streichung des § 22, der die Regierung weitgehende Möglichkeiten zur Förderung des Arbeiterschutzes gibt. Die zweimalige Erhöhung der Miete um je 10 Prozent hat, wie Kuhnt hervorhob, in einem Jahre

tausend Millionen Mark aus den Mietern herausgeholt. In diesem Zusammenhang schloß die sozialdemokratische Redner die verwerfende mittelstandsfeindliche Politik der Heraushebung der gewerblichen Räume aus dem Mieterschutz. Er forderte, daß die Sozialdemokratie bei den entsprechenden Gremien

Hebung der Mieten auf 100 Prozent der Friedensmiete und wolle den Verbrauch der Hausinsassen zum Wohnungsbau beantragen werden. Dem Zentrum hielt er vor, daß es sich in der Miete für die Mieter des Jahres 1922 stark gemindert habe. Da mals für die Miete der Jahresabgabe von Sozialdemokraten und Zentrum gemindert worden. Sehr maßlos hat der schäme Angriff der Rechtsopposition auf das Zentrum geklungen. Die Deutschnationalen ließen durch den Abg. Steiniger ein Klagebild über die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien annehmen und verführte ihre mieterfreundliche Politik angeht der drohenden Gefahr für die Arbeiter. Diese Wahrheit rief auch ein wütendes Schimpfgespräch zwischen dem Reichsoppositioneller Lude u. dem volksparteilichen Kennerarbeiter Winnefeld hervor.

Sie waren sich gegenseitig Volksbetrug vor und hatten wahrheitsfalsch alle beide Recht. Frech begründete der Sozialpartei Dr. Kopf den Antrag, der die Wohnungsmieten und die Mietungsmieten zum 1. Juli 1928 anheben und auch dem Wohnungsmietern den Todesstoß geben will, also

fortwährende freie Ausbeutungswirtschaft. Es wurde häufig bei der Abstimmung über diesen Antrag, der natürlich schon vor der Abstimmung über den unmittelbaren drohenden Reichsgegenstand gestellt war. Die Herren hatten namentlich die Zustimmung gemindert. Als aber der Präsident die Unterfertigungsfrage stellte, fanden kaum ein Dutzend Abgeordnete im Bürgerhof den Mut, sich mit ihrem Namen für diesen Antrag zu erklären. Unter allgemeiner Heiterkeit mußte die namentliche Abstimmung unterbleiben. Der Antrag selbst wurde abgelehnt, weil die schlotternde Wahrheit es dem Bürgerhof nicht angedruckt erscheinen ließ, dem Antrag zuzustimmen. Auch die sozialdemokratischen Anträge zur Verbesserung des Reichsmietengesetzes wurden abgelehnt. Hier erhob sich noch einmal der kompakte Bürgerhof, um unsere Anträge niederzustimmen.

Eine ruhige vorläufig abgeordnete Rede zur Einführung seines Stats hielt der

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Er behauptet, daß 55 v. H. der Beschäftigten in Deutschland eine Arbeitszeit bis zu 48 Stunden die Woche hätten. Der Achtstundentag bringe also vor. Das Washingtoner Abkommen hält er nach der Ablehnung der Ratifikation durch die englische konservativ Regierung für einseitig erledigt. Es müsse nun umjohene ein deutliches Arbeitsschutzgesetz kommen. Es sei im Reichsrat schon nahezu fertig. Er glaubt aber dennoch, daß die Entwicklung auch zu internationalen Abkommen über die Arbeitszeit führen werde. Dem zentralisierten der Reichsarbeitsminister gegen die Elitenabstimmung, die auch nach seiner Meinung unbedeutend, mindestens unrichtig, die Elitenreihe erhöht haben. Es folgen einige Sätze über unverständliche Unternehmer, die den Reichsarbeitsminister zu ihrem Unwillen machen. Dann gab der Reichsarbeitsminister einige nichtslagen Sätze zur Mieterfrage vor. Er meint, eine Mietpreisobergrenze ließe nicht tenor.

„Gemein, vor den Wägen nicht mehr.“

Für den Wohnungsfrage soll ein Reichswohnungsamt von 200 Millionen Mark durch den Reichsfinanzminister für Banken und Pfandbriefanstalten, jenseit die größte Summe für den Wohnungsbau bereit stellen, erfolgen werden.

Der Reichsarbeitsminister ist im übrigen optimistisch: Es geht mit der deutschen Sozialpolitik aufwärts.

Abg. Grotewohl (Soz.)

stellt fest, daß sich manche Bemerkungen des Reichsarbeitsministers gegen dessen einseitige Koalitionsfreunde richten. In einer flaren, sorgfältig aufgebauten wohlgeordneten Rede zog er die sozialpolitische Bilanz des Bürgerhofes. Habe nicht Marx in seiner Antikrise eine Verbesserung der Anwaltschaft, eine Verbesserung der Kleinrentner und ein Arbeitsschutzgesetz als jetzt zu verwirklichen angekündigt? Wo seien diese Gesetze? Nichts sei auf diesen Gebieten geschehen. Von der Arbeitslosenversicherung, die nach höchstschmerzhaftem Kampf der Gewerkschaften sehr unvollkommen verwirklicht ist, jagten die Koalitionsfreunde des Reichsarbeitsministers im Landtag, die Verschärfung sei eine pererje Angelegenheit. Der Redner negiert dann die Reichsarbeitsminister auf einen Widerspruch zwischen seiner dem Reichsarbeitsminister die Wohnungsfrage und seiner Rede ist. In der

Denkschrift habe der Reichsarbeitsminister weitere Mietpreisobergrenzen feineswegs so von der Hand gewiesen wie jetzt vor dem Parlament und vor dem Volk. Mit entschloßenen Worten trat der sozialdemokratische Sprecher

für die älteren Angestellten und Arbeiter ein, für die unbedingt schleunigst etwas geschehen müßte. Ueberall ihre ihnen das: Zu all entgegen Grotewohl schloß mit einer grundsätzlichen Heraushebung der Stellung der Sozialdemokratie zur Sozialpolitik. Da gebe es für uns kein Weichen von den in Jahrzehntelangen Ringen erworbenen Axiomen. Schließlich sei der Kampf gegen die Sozialpolitik gar nichts anderes als der Kampf gegen die Selbsthülfe der Arbeiter und ihren Kassen. Nun wurde der in jüngster Zeit viel genannte

Bergarbeiterführer Imbusch

von Zentrum auf die Tribüne gerufen. Er hatte die Ehre, eine Rede zu halten für die christlichen Arbeiter zu halten. Seine Koalitionsfreunde, auch jenseit sie Gegner Imbuschs sind, hörten die Rede geduldig an. Es kurz vor den Wahlen ist es schon notwendig, daß auch von christlichen Arbeiterführern radikale Töne geredet werden. Von jenen großen Briefen an den Reichstanzler und Zentrumsparteigenossen Dr. Marx und von seinen heiligen persönlichen Briefen an dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns weiß Imbusch angedeutet nichts mehr. Er rebel, als habe das Zentrum zum Bürgerhof dauernd in Opposition gestanden. Er gibt zu, daß jeder Appell an das Unternehmertum fruchtlos ist, also

trotz aller Religion, trotz aller bürgerlichen Ansinnen. Profil ist eben härter als religiöser Glaube, wenigstens bei dem mahnendsten Unternehmertum. Imbusch verlangt aktivere Mahnpolitik. Er will

Beistellung der Droschen. Er will höhere gesellschaftliche und materielle Anerkennung der körperlichen Arbeit. Er will hundert andere Dinge mehr, die wir Sozialdemokraten seit Jahrzehnten vertreten. So domert er halb eine Stunde lang radikal höher. Dann steigt er die Tribüne herab und nimmt Platz an der Seite der Zentrumspolitiker, denen er jedoch ein Einverständnis vorgehalten hat. Eine Wahrheit war es, die da der christliche Arbeiterführer gehalten hat. Nach den Wahlen wird Herr Imbusch wieder ein geborgenes, sanftes Sämmlein werden.

Vermischtes.

Verschmähte Liebe.

Im Zentrum von Paris hat sich am Freitag ein blutiges Eiferjuchtsdrama abgepielt. Ein zehnjähriges Mädchen versuchte ihren Freund, einen jungen Handlungsgehilfen, zu erschließen und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Die jungen Leute hielten einander vor zwei Jahren kennen gelernt und trafen seitdem täglich auf dem Bahnhof eines Pariser Vorortes zusammen, um gemeinsam zur Arbeitstätte zu fahren. Nach einjährigem Verkehr beschloß sie, eine Ehe einzugehen. Die Mutter des Mädchens verweigerte aber wiederholt ihre Zustimmung. Der junge Mann erkrankte darauf an der Typhus und verlor seine Gesundheit nicht weiter forschen wollte. Kurz darauf teilte er ihr auch mit, daß er sich mit einer anderen verlobt habe. Durch nichts ließ er sich von seinem Entschluß abbringen.

Am Freitag trafen sich die beiden wieder am Bahnhof von Befest und fuhren gemeinsam nach Paris. Unterwegs erzählte das Mädchen seinem früheren Freunde, daß sie nunmehr einen Lebensgefährten gefunden habe. Vor ihrem Büro angefangen, rief sie aus: „Ich habe gelogen, um Dir auf die Probe zu stellen. Ich wollte nur wissen, ob Du mich noch liebst.“ Im selben Augenblick zog sie einen Revolver aus der Tasche und verlegte ihren ehemaligen Liebhaber schmer. Dann richtete sie die Waffe gegen sich selbst. Der Tod traf auf der Stelle ein.

Blutige Familienscandale. In der Nacht zum Donnerstag erschossen in der Gießung Wilhelmstraße bei Oranienburg nach vorausgegangenem Streitigkeiten die Brüder Erich und Wilhelm Wulfschüler ihren Schwager, den Klemmermeister Franz Horst und stellten sich dann selbst der Polizei. Zwischen den Eheleuten Horst, die zusammen mit den beiden Brüdern ein kleines Städtchen bewohnten, war es mehrerhalb zu heftigen Streitigkeiten gekommen. Horst war als gewalttätiger Mensch bekannt und gefährlich. Vor einigen Tagen hatte er die Wulfschüler bedrückt, Wilhelmstraße zu verlassen und noch mit seiner Schwagermutter abzuweichen. Am Mittwochabend kam er in angerautem Zustand nach Hause und begann sofort wieder einen Streit mit seiner Frau. In der Küche trat der Klemmermeister mit Erich Wulfschüler zusammen, der sofort auf den Angriff seiner Schwagerin und ihn im Unterleib traf. Horst ließ trotz seiner schweren Verletzung auf den Hof, wo die Brüder Wulfschüler nachmals auf ihn feuerten, die er schließlich durch eine Kugel in den Kopf tödlich getroffen wurde. Die Brüder ergriffen, in Notwehr gehandelt zu haben.

Die Steglitzer Schülertragödie.



Der Drimorer Paul Kranz.

Vor dem Angelegen der Steglitzer Rechtsanwal Dr. Frey. (Im Gerichtsjaal gezeichnet von Friedmann.)

Hilde Scheller im Kreuzverhör.

Den Höhepunkt des Berliner Schülermordprozesses brachte am Freitag die Vernehmung der Hauptzeugin Hilde Scheller. Rechtsanwal Dr. Frey hatte zunächst die Ladung des Polizeipräsidenten Reich beantragt, der jenseit als Zeuge wie als Sachverständiger darüber gehört werden soll, daß Hilde Scheller einen Tag nach der Tat zu ihm ins Verhandlungsamt lachend und längelnd gekommen sei, ihm gegenüber alles geschehen habe, was in der Nacht getrieben worden sei und wie von der Inhaftierung der Zeugin gehandelt worden sei. Der Polizeipräsident soll sich dahin geäußert haben, daß die Zeugin nicht mit dem Mord zu tun habe. Hilde Scheller ist ein 17-jähriges Mädchen, das im Sommer 1927 in der Zeugin einen so erschütternden Eindruck gemacht hat wie bei Hilde Scheller, die mit vollkommener Sicherheit ihre kühnen Aussagen gemacht habe. Das Gericht nimmt zu dem Antrag des Rechtsanwalts Dr. Frey Stellung; der Antrag auf Ladung des Polizeipräsidenten wird vorläufig zurückgestellt.

Das Kernstück der Vernehmung bestand in der Unternehmung der Vorgänge während der Nacht.

Junahst wurde die Frage unterlegt, wie Stephan in die Wohnung kam. Hilde erklärte, sie habe nur die Wäsche geholt, länger mit Hans Stephan zusammen zu sein. Der Vorliegende fragte: Nebenfalls nahmen Sie Stephan mit heraus? Wo gingen Sie hin? Hilde: In Büchers Kammer. Vorl: Wenn Sie Östlicher nun Hilde: Das habe ich mir nicht vorgestellt. Vorl: Sie ergriffen jedenfalls Maßnahmen, daß Hans Stephan von Östlicher nicht gesehen wurde. Wo nun weiter? Hilde: Ich ging ins Schlafzimmer. Dann kam Östlicher und legte mir, Herr Schöleringer wollte mich sprechen. Vorl: Wie lange waren Sie in der Kammer bis Östlicher mit ihrer Nachtisch kam. Hilde: Dreizehn Stunden. Vorl: Sie haben sich dort auch gefühlt und Sie haben das auch vorher gemerkt, es das dazu kommen würde. Hilde: Nein. Die weiteren Aussagen Hildes über die Dinge, die sich vor der eigentlichen Tragödie ab-

spielten, brachten nicht viel Neues. Auch Hilde versicherte wie Kranz, daß zwischen Stephan und Östlicher Feindschaft bestand, weil Stephan den Östlicher bei der Mutter verpöcht hatte.

Die Schiffe im Schlafzimmer. Hilde erklärte nach einer Darstellung der Vorgänge im Zusammenhang mit dem ersten Schuß in der Küche, die zu den Angaben des Kranz kein wesentliches neues Moment beitrug, daß sie Kranz und Östlicher habe folgen wollen, als sie zusammen ins Schlafzimmer gingen. Die Tür wurde, so erklärte Hilde, von innen geschnitten. Ich verlor, nach dem Schuß das Bewußtsein, aber die Tür wurde zugemacht und abgeschlossen. Vorl: Wer hat gedrückt und abgeschlossen? Östlicher oder Kranz? Hilde: Das weiß ich nicht. Im selben Augenblick erwiderte die Schiffe: Ich wollte nun wieder ins Schlafzimmer. Diesmal war die Tür auf. Vorl: Ist es wahr, daß Östlicher gesagt hat, Du bist wohl wahnsinnig gemein, den Stephan hier schlafen zu lassen? Hilde: Ja, als die beiden Jungs wieder ins Schlafzimmer gingen, da sagte ich Östlicher, daß Hans Stephan da ist und darauf sagte Östlicher: Du bist wohl wahnsinnig.

Da bist wohl wahnsinnig. In diesem Augenblick fängt Hilde an zu weinen.

Das Kreuzverhör hat sie schließlich mitgenommen und der Vorliegende unterbricht für kurze Zeit die Sitzung. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen unterlegt der Vorliegende vor allem die Korrekturen des anderen Bild, als es bereits von Kranz gezeichnet worden war.

Kurz vor der Unternehmung der Sitzung brachte Rechtsanwal Frey einen Brief zur Verlesung, der überaus sensationell wirkte und großes Aufsehen hervorrief. Der Brief kommt von einem Kaffeehausbesitzer. Dieser teilt Rechtsanwal Frey mit, daß er Hilde Scheller einen Tag vor der Verhandlung aus seiner Kanzlei in der Königgräberstraße

wegen ungehörlichen Benehmens habe hinausweisen müssen.

Hilde ist ein frühes, sinnliches Geschöpf, das es mit dem Leben ebenjomeinigt ernst nimmt wie mit der Liebe. Kurz vor 16 Jahre weiß sie viel und hat mehr erlebt, als ihr gut wäre. In Paul Kranz's Tagebuch schrieb sie folgendes Gedicht:

„Doch dem ich, da du noch sehr jung an Jahren, Doch dein Erleben in der Liebe nur erträumt. Ich fürchte, du bist darin noch ziemlich unerfahren... Besie die, du hast schon viel erfahren. Was nicht die Liebe in Gedanken, Kommt die Gelegenheiten, dann kommst du's nicht. Ein Mädel wird sich schon bedanken, Wenn deine Liebeslust nur aus Gedanken spricht.“

In der Nachmittags-Sitzung wurde auch der

Polizeipräsident Dr. Weis vernommen. Weis hat nach der Mordtat die Zeugin Hilde Scheller verhört und aus ihrem ganzen Verhalten den Eindruck gewonnen, daß sie — wie er vor Gericht feststellte — ein außerordentlich ungläubiges Geschöpf ist, die Hilde Scheller, soll u. a. wenige Stunden nach der Mordtat, als sie von Weis verhört wurde, längelnd das Vernehmungszimmer betreten haben, überhaupt soll sie den Anklagen von Weis fortgesetzt ein lächelndes und unbefürdetes Wesen an den Tag gelegt und sich mit einer Unbesonnenheit benommen haben, die sie als vollkommen gefühlos kennzeichnet. Es ist zu erwarten, daß der Prozeß Mitte der kommenden Woche sein Ende erreicht.

Seite einstecken

sch

estendorf 32.

SPIDIE

ag

ns

den

ed

lie

des

im

des

kte

ist

Verk

er

Mut

edern

en. Mik. 3.

Mk. 5.

gannen.

ersten Sorten

postlos, 10

z. M. 100

cknamme

Nr. 801

burg

hend

all

115 r

rect:

NG

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Abonnementspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Briefporto, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Becker, G. m. b. H., Bernauerstr. für Postamt u. Vertriebsamt Kurtz Volkenburg, für den Harzen Teil Richard Matthes, für Halle a. S. Antiquar Karl Treff, Kämml. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgabe bis 10 Uhr abends vorabend letzte Kurse. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aussätze in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfach 21 Magdeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 37.

Sonntag, 12. Februar 1928.

3. Jahrgang.

Hindenburgs Rettungsaktion.

Der Brief.

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die Nachrichten über tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungspartei wegen des Schulgesetzes, die zu einem Auseinanderbrechen der gegenwärtigen Reichsregierung führen können, geben mir Veranlassung, Sie, Herr Reichskanzler, zu bitten, nichts unversucht zu lassen, um im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Reaktionskurve und ihre politischen Folgen zu vermeiden. Der Reichstag hat zurzeit dringende und bedeutsame Aufgaben zu lösen. Abgesehen von dem Haushaltsplan und dem Liquidationshaushaltgesetz sind die für die Landwirtschaft lebenswichtigen Hilfsmaßnahmen zu beschließen, und es harret auch die Strafrechtsreform ihrer Verabschiedung.

Es würde meiner Meinung nach eine schwere Schädigung nationaler Interessen und des ganzen deutschen Volkes bedeuten, wenn jetzt wegen der Schulgesetzfrage eine unläsbare Regierungsgeschichte in die Aufzählung des Reichstages notwendig würde.

Ich bitte Sie, bei den bevorstehenden Besprechungen mit den Führern der Regierungspartei diesen meine Befürchtung mitzuteilen und appelliere an alle beteiligten Herren und Fraktionen, dahin zu wirken, daß eine arbeitsfähige Regierung erhalten bleibt, die wichtigen parlamentarischen Aufgaben gelöst und etwaige unläsbare Differenzen in der Schulgesetzfrage bis nach der Erledigung dieser Arbeiten verlagert werden.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Verehrung bin ich Ihr sehr ergebener

gez. v. Hindenburg.

Eine Ironie der Geschichte: Am Anfang des Bürgerkriegs stand eine Prektion des Reichstages nach dem Wunsch der Volkspartei auf das Zentrum, am Ende des Bürgerkriegs ein politischer, Dr. Hindenburgs auf die Volkspartei.

Am Grunde genommen aber stehen hinter dem Brief vom Januar 1927 wie dem Brief vom Februar 1928 die gleichen Kräfte: der deutschnationale Einfluß auf den Reichspräsidenten. Damals war das Ziel, die Deutschnationalen in die Regierung zu bringen, heute ist das Ziel, die Deutschnationalen noch einige Monate in der Regierung zu halten. Zeit gewonnen, alle gewonnen und vielleicht auch noch jene agrarpolitischen Forderungen der Deutschnationalen, die bei einer sehr frühen Auflösung des Reichstages ins Wasser fallen könnten.

Dieser Brief des Reichspräsidenten wird das Ende der Koalition

und des Reichstages vielleicht etwas verzögern, aber nicht aufhalten. Die deutschnationalen Herren, die diesen Brief gewünscht haben, und an ihm Hoffnungen knüpfen, werden nur zu bald erfahren, daß er gegen sie ausschlägt: als ein Dokument deutschnationaler Wahlsucht und schlechten Gewissens. Die erwartete „Rettung“ bringt er ihnen nicht — trotz ihres „Meinens“!

Rettungsversuche.

Am Freitag sollte nach den Annahmen der Regierungspartei im interfraktionellen Ausschuß der Koalitionsparteien des Reichstages die „endgültige“ Entscheidung über die Zukunft des Schulgesetzes der Bürgerblockregierung fallen. Man hat auch geglaubt und in Stunden bekommen gelassen — aber ohne „endgültige“ Entscheidung. Warum auch so leicht? Der Hindenburgbrief hat inzwischen seine Wirkung getan: Die Deutschnationalen sind etwas beruhigt und die Volkspartei steht bereit zum Umfall. Am Sonntag tritt der Schulausschuß zusammen. Er soll „entscheiden“ und darüber Klarheit schaffen, ob die bisherige „geheiligten liberalen Grundzüge“ dem Bürgerblock zuliebe geopfert werden können oder nicht. Zwei Vorhänge zur Lösung der fristigen Fragen werden ihm vorliegen. Am Montag soll sich dann der interfraktionelle Ausschuß nochmals mit der Lage befassen. Wird der Umfall der Volkspartei bis dahin vollzogen sein, oder sollte sie gar jetzt ablehnen?

Wenn das Schulgesetz aber doch noch scheitert?

Darüber macht man sich insbesondere in deutschnationalen Lager Kopfschmerzen und darum hat man schließlich auch den Brief des Reichspräsidenten bestellt. Zufallhaft ist, daß es von dem seit Wochen in der ganzen Zentrumspresse angelegentlichst „Konsequenzen“ merktlich still geworden ist. Man redet nicht mehr von dem Wunsch der Bürgerblockfraktion, nicht mehr von der Zurückziehung der Zentrumsminister, auch nicht dann, wenn der Etat erledigt sein sollte. Trotzdem dürfte die Regierungskoalition nach der Verabschiedung des Etats so gut wie vollkommen arbeitsunfähig sein. Bis dahin geht man den Versuch auf „alle Konsequenzen“ durch — eine gemeinschaftliche Erklärung der Bürgerblockparteien zu erläutern. An dieser Erklärung soll die Bereitschaft ausgesprochen werden, vor der Auflösung noch neben dem Etat die wichtigsten Aufgaben der Verfassung zu erledigen.

„Zeit gewonnen, alle gewonnen!“ meint der Bürgerblock. „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!“ sagen wir.

Geld regiert die Welt.

Das norwegische Beispiel.

Oslo, 10. Februar. (Gig. Drahtber.) Der König hat am Freitag auf Vorschlag der zurückgetretenen Arbeiterregierung den Führer der Radikalen Arbeiterpartei mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Momentan hat den Auftrag angenommen und bereits die Dienstleistungen der kommenden Budgetkommission übergeben. Der Führer des linken Flügels seiner Partei hat es bisher wegen der von ihm gemachten geführten Aktion gegen die Arbeiterregierung abgesehen, sich an dem neuen Kabinett zu beteiligen. Die Mitglieder der Arbeiterregierung werden in der kommenden Woche im Hinblick auf die Aktion der Banken und insbesondere über deren Verhältnisse neue Staatsinterventionen zu erhalten, nähere Mitteilungen machen. Erst als diese Verträge abgeschlossen sind, können die Banken mit aller Kraft und allen Mitteln gegen die Arbeiterregierung an.

Durch eine systematisch organisierte Panik und Kapitalflucht ins Ausland hat das norwegische Bankkapital den sofortigen Sturz der Arbeiterregierung erzwungen. Dieser Vorgang wirft die Frage auf, ob die Arbeiterkraft gegen das Finanzkapital überhaupt machtlos ist und die Banken auf die Dauer jede ihr unbecommene Regierung besiegeln können?

Man könnte aus ähnlichen Vorgängen in anderen Ländern schließen, daß in der Tat die Börse und die hinter ihr stehenden Kräfte eine Rebenregierung bilden, die mächtiger ist als die legale Regierung. Das Beispiel des Sturzes der Einheitsregierung Herriot im Sommer 1926 ist noch allgemein in Erinnerung. Damals war gegen den Willen der Großbanken eine bürgerliche Einheitsregierung unter Herriot gebildet worden, der zwar keine Sozialisten angehörten, die sich aber die Unterstützung der Sozialistischen Fraktion gesichert hatte. Sofort entfielen die französischen Großbanken mit Hilfe einiger Boulevardblätter eine fünfjährige Bärenpanik. Das englische Finanzkapital dünne 48 Stunden tiefer Sprünge nach oben; es setzte eine Kapitalflucht ungeheuren Ausmaßes ins Ausland ein. Als sich dann das neue Kabinett der Kammer vorstellte, umlagerte eine vielzahlreiche Menge das Parlamentsgebäude, Vermittlungen gegen die neuen Minister, gegen die „Lohnkrieger des Fränsen“, waren an der Tagesordnung und zwingen die schwanke Regierung die Arbeiterregierung ihre Unterstützung zu versichern. So kam das Kabinett der nationalen Einigkeit unter Bonarrotis Führung ins Ruder. Die Banken hatten gelächelt und stehen der Rechtsregierung ihre volle Unterstützung, die sie deren Vorgängerinnen seit den Wahlen vom Mai 1924 systematisch verweigert hatten. Auch Belgien ist im Jahre 1925 der Schauplatz ähnlicher Erpressungsmanöver der Banken gewesen. Die Einheitsregierung Poullet-Landerode, die aus Sozialdemokraten und christlichen Demokraten zusammengesetzt war, wurde durch einen von innen heraus bewirkten Sturz der Regierung gezwungen, zurückzutreten, um einem Budgetstreik Platz zu machen.

Diesem beiden Fällen, deren äußere Ähnlichkeit mit der jetzigen norwegischen Krise unverkennbar ist, steht allerdings das Beispiel der Arbeiterregierung MacDonald gegenüber. Auch die konservative englische Presse hatte eine Währungs- und Kapitalflucht und eine allgemeine Kapitalflucht in Aussicht gestellt, falls der König die Sozialisten mit der Regierungsbildung betrauen würde. Als sich jedoch MacDonald dem Unterhaus vorstellte, trat im Gegenteil eine leichte Befestigung des englischen Finanzmarktes an den ausländischen Börsen ein. Das hing wohl damit zusammen, daß die Liberalen der Arbeiterregierung ihre Unterstützung zugesagt hatten. Die Arbeiterpartei mußte dafür die im Wahlkampf geforderte Kapitalabgabe fallen lassen. MacDonald begründete diesen Schritt damals damit, daß er nur solche Gesetze einbringen würde, hinter denen nachweislich die Mehrheit der Wählerstimmen liege.

Die Macht des Finanzkapitals ist gewiss sehr groß, aber sie vermag sich nur in außergewöhnlichen Situationen auszuweiten, wie in Frankreich und Belgien im Jahre 1926 und bis zu einem gewissen Grade auch jetzt in Norwegen. Die norwegische Krone war vorerst entwertet. Ihre Aufwertung und Stabilisierung erfolgte erst vor relativ kurzer Zeit, und die Banken hatten es in der Hand, gegen die eigene Verantwortlichkeit zu erlangen. Dieses freilich ist nicht gegen die eigene Verantwortlichkeit, sondern in diesem Falle getrieben — man schließt die Summe, die innerhalb 10 Tagen ins Ausland gewandert ist, auf 250 Millionen Kronen —, aber in Ländern mit einigermaßen gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen würde sich dieses verdrängende finanzielle Bankrott an seinen Urführern rächen. Warum ist es in Norwegen gelungen und in den drei anderen skandinavischen Ländern, Schweden, Dänemark und Finnland, die alle drei in den letzten Jahren ebenfalls sozialistische Arbeiterregierungen hatten, nicht etwas ähnliches geschehen? Das ist wohl kein Zufall, sondern hängt mit der Zusammengehörigkeit der jeweiligen Regierungen zusammen. Am Gegenstand der sozialdemokratischen Parteien Schwedens, Dänemarks und Finnlands ist die norwegische Arbeiterpartei zum großen Teil radikal. Sie schließt sich zusammen aus einer Mehrheit, die noch vor zwei Jahren kommunistisch war und aus einer sozialdemokratischen Minderheit. Die Vermählung beider Flügel vor einem Jahre erfolgte unter der Bedingung, daß die Sozialdemokraten aus der sozialdemokratischen Arbeiterinternationale austraten, weil diese Internationalen dem linken Flügel zu wenig revolutionär war und ist. Kein Wunder,

Groeners Programm.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages entwickelte gestern der neue Reichsminister sein grundsätzliches Programm. Groener führte aus:

Die Reichswehr kann nichts anderes sein als

ein Instrument der verfassungsmäßigen Regierung.

Jeder einzelne Soldat muß ein treu zuverlässiger Staatsdiener sein. So wollen wir Vertrauen, Achtung und Zuneigung weitaus der Volkstiefe gewinnen.

Dem Staat und seinen Symbolen

möchten wir die größte Achtung und Ehrerbietung erweisen, und ich werde nicht dulden, daß gegen diese Selbstverständlichkeit verstoßen wird. Wer gegen sie verstoßt, gehört nicht in die Reichswehr. Die Reichswehr kann nicht im Sinn einer Partei, sondern nur im Sinn des Staates geführt werden.

Wir brauchen in der Armeekorps mit politischem Verständnis und Männer von politischem Takt. Richtiger Takt ist mehr Wert als Geschick. Wird gegen den Takt verstoßen, so werde ich dafür sorgen, daß man ihn lernt. Im Streit helfen wir, nur müde ist der Mensch, der nicht aus der politischen Drecknis herauszukommen und im Stillen zu arbeiten. Heute kommt es mehr auf die geistige Erziehung an als auf den Drill.

Die Selbstmordende

ist in der Reichswehr ebenso wie in der Gesamtbevölkerung eine Erscheinung der Nachkriegszeit. Die Selbstmorde sind bedeutend zurückgegangen. In keinem Falle ist als Ursache falsche Behandlung durch Vorgesetzte festgestellt worden. Im übrigen bedarf diese Frage der größten Zurückhaltung. Man sagt, die Reichswehr führe ein Eigenleben, betriebe eine eigenartige, Wirtschaft und Finanzpolitik. Dazu besteht nirgends die Notwendigkeit. Die Reichswehr kann nur Mittel für den Staat, nie Selbstzweck sein. Ein solcher Vorwand muß für den Staat und seinen verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung stehen.

Dem Herrn Außenminister gegenüber habe ich mich dahin geäußert, daß keine Stärkung der amtlichen Außenpolitik durch unsere Tätigkeit erfolgen darf.

Was die Phobus-Angelegenheit betrifft.

So ist der falsche Eindruck entstanden, als ob die Reichswehr in wirtschaftlichen Dingen einen besonderen Ehrgeiz entwickeln wollte. Von mir wird aber alles getan, um das zu verhindern. Ich bin ein Feind aller illegalen Selbsttätigkeiten und habe das auch den Kommandeuren gesagt. Es ist höchste Zeit, damit Schluss zu machen.

Der Reichswehrminister befähigte sich dann noch mit verschiedenen Vorformulierungen aus der letzten Zeit. Der

Befehl des Prinzen Heinrich an Bord eines Kriegsschiffes

hat ihn nicht besonders außererz, obwohl er unerzärtet fallen mußte. Die Reichswehrminister befähigte sich dann noch mit verschiedenen Vorformulierungen aus der letzten Zeit. Der Befehl des Prinzen Heinrich an Bord eines Kriegsschiffes hat ihn nicht besonders außererz, obwohl er unerzärtet fallen mußte.



In der Erklärung des Reichswehrministers ist nicht zu übersehen, daß ein Abbau der Ausgaben bei den Posten für die Befestigung, die Bekleidung und Befähigung der Mannschaften notwendig nicht eintreten dürfte.